

Infobrief Frieden, Mai 2015, Nr. 1

Inhalt:

- Historiker Nolte: Kirchen prägen Demokratie
- Friedensverband befürchtet neue Aufrüstung
- Etwas mehr Frieden wagen - Detlev Besier wird neuer pfälzischer Pfarrer für Frieden und Umwelt
- Vergeben, aber nicht vergessen
- Lernort für die Zukunft - Zur Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums in München
- Gedenken an Kriegsende - Kundgebungen gegen Rechts in Duisburg und Bochum am 8. Mai
- Keine Entschädigung für Opfer des Luftangriffs bei Kundus - Gericht weist Klage von Afghanen ab
- Ökumene Essener Kirchen erinnern an Kriegsende vor 70 Jahren
- Kirchliche Friedensarbeit: Chemiewaffen gehören geächtet
- Reimers neuer Vorsitzender von Aktion Sühnezeichen
- Aktionstag »Run4Unity« Kirchen-Lauf für Frieden und Toleranz in Hamm
- Hintergrund: Flucht vor Not und Terror - Woher die Mittelmeerflüchtlinge kommen
- EKD-Friedensbeauftragter: Völkermord an Armeniern ist eine Mahnung
- Theater in NRW erinnern an Ende des Zweiten Weltkriegs Aufführungen in Essen und Bonn
- Aus dem Newsletter bpb (Bundeszentrale für politische Bildung)

Infobrief Frieden, Mai 2015, Nr. 1



Historiker Nolte: Kirchen prägen Demokratie Paul Nolte *epd-bild / Norbert Neetz Würzburg* (epd). Aus Sicht des Berliner Historikers Paul Nolte haben die Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Beitrag zur Demokratie in Deutschland geleistet. »Wichtige Stränge der neuen sozialen Bewegungen sind ohne religiöse Motivation und ohne kirchliche Milieus schwer vorstellbar«, sagte Nolte am 1. Mai vor der Synode der

Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Würzburg. Beispiele seien das Engagement für die Dritte Welt, die Umwelt- und die Friedensbewegung wie auch die Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Im internationalen Vergleich sei diese religiös-kirchliche Prägung der Demokratie in Deutschland fast einzigartig. Nolte appellierte an die Kirchen, sich nicht mit dem Staat und den Regierenden gemein zu machen, aber auch nicht mit weit verbreiteten Formen der Kritik. Den »Vernunftpotenzialen von Religion« komme eine gesellschaftliche Verantwortung zu, sagte er nach von der EKD vorab verbreiteten Redeauszügen Paul Nolte lehrt Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Sein Referat vor der Synode der EKD

in Würzburg stand unter der Überschrift »Irritationen der Zivilgesellschaft - Entfremdung, Protest, Gewalt«. Der 52 Jahre alte Nolte ist selbst Mitglied der Synode.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 19_2015 Seite _5

Friedensverband befürchtet neue Aufrüstung

Bonn (epd). Die evangelische Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden kritisiert eine »zunehmende Militarisierung und drohende Aufrüstung«. So wolle die Bundesregierung die Panzertruppe der Bundeswehr deutlich vergrößern und Kampfdrohnen kaufen, erklärte der Geschäftsführer des Verbandes von 32 friedenspolitisch engagierten Organisationen, Jan Gildemeister, an diesem Montag, 4. Mai, in Bonn. Beunruhigend sei auch, dass die USA ihre Atomwaffen in Europa modernisieren wollten. Gildemeister kündigte an, die Friedensbewegung werde den 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 3. bis 7. Juni in Stuttgart nutzen, um wieder stärker für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösungen zu werben. Unter anderem ist für den 6. Juni eine »Menschenkette für den Frieden« geplant. Zugleich räumte Gildemeister ein, dass der Protest gegen Krieg und Aufrüstung heute kaum noch auf der Straße stattfindet. So hatten an den Ostermärschen in diesem Jahr bundesweit lediglich einige tausend Friedensbewegte teilgenommen. Friedensinitiativen setzten dafür inzwischen stärker auf Konfliktforschung sowie Lobbyarbeit, um politisch Einfluss zu nehmen, sagte Gildemeister.

Etwas mehr Frieden wagen

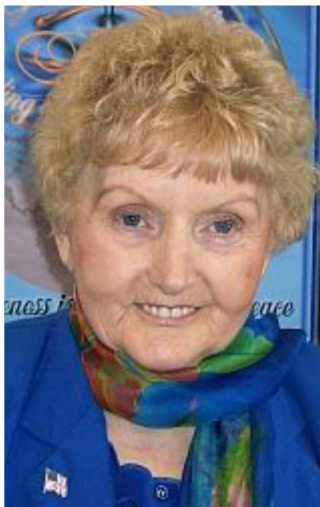
Detlev Besier wird neuer pfälzischer Pfarrer für Frieden und Umwelt

Speyer/Kaiserslautern (epd). Er selbst ist friedensbewegt, und er will der Kirche bei ihrem Engagement für den Frieden ein bisschen auf die Sprünge helfen: Der Kaiserslauterer Stadtjugendpfarrer Detlev Besier wird neuer Pfarrer für Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz. In der Frage nach dem Einsatz militärischer Gewalt müsse die Landeskirche Position beziehen, sagt der 55-jährige Theologe, der auch Sprecher der Friedensinitiative Westpfalz ist. Ab Juni wird er in der Speyerer Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Nachfolger von Pfarrer Friedhelm Schneider, der in den Ruhestand geht. Klar und deutlich und mit ganzem Herzen setzt sich der in Hilden bei Düsseldorf geborene Besier schon lange Jahre für den Frieden ein: Er diskutiert etwa mit Schülern darüber, wie Konflikte ohne Waffen gelöst werden können. Auf Kundgebungen der Friedensbewegung - regelmäßig etwa vor den Toren der US-Airbase in Ramstein - wirbt er dafür, den Einsatz von kriegerischer Gewalt als »letztes Mittel« zu überdenken. Problematisch ist es deshalb auch für den Theologen, dass es in der evangelischen Kirche in den vergangenen Jahren immer mehr Befürworter einer »Ultima Ratio«, eines Gewalteinsetzes in Ausnahmefällen, gibt. Besier studierte in Bethel und Erlangen und war Gemeindepfarrer in Reichenbach-Steegen und Landstuhl. 2010 wurde er in Kaiserslautern Stadtjugendpfarrer. Besier will nun in der pfälzischen Kirche für sein »pazifistisches Grundmodell« werben, Gespräche mit kirchlichen Gruppen und Einrichtungen wie der Militärseelsorge, aber auch zur neuen rheinland-pfälzischen Friedensakademie in Landau aufnehmen. Auch das Netzwerk zu Friedensgruppen im Land will er ausbauen. Frieden und Umwelt - vor allem der Klimaschutz - blieben zentrale Themen des kirchlichen Handelns. Die Speyerer Arbeitsstelle wird in ihrem Zuschnitt

nicht verändert, informiert Besier. Bärbel Schäfer bleibt Umweltbeauftragte, Reiner Landua ist weiter für die Freiwilligendienste zuständig. Einen Schwerpunkt will der scheidende Kaiserslauterer Stadtjugendpfarrer, der verheiratet ist und zwei erwachsene Kinder hat, in der Jugendarbeit setzen: So sollte die Evangelischen Jugend der Pfalz gehört werden, die ein Positionspapier zur kirchlichen Friedensarbeit verabschiedet hat. Künftig wird Besier in der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt friedensethische Beratungsangebote machen und jährlich rund 40 junge Menschen im Freiwilligendienst begleiten. *epd-Gespräch: Alexander Lang* epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 19_2015 Seite _13

Vergeben, aber nicht vergessen

Eva Mozes Kor *epd-bild / Candles Holocaust-Museum*



Lüneburg (epd). Eine kleine alte Dame im blauen Blazer hat viele deutsche Fernsehzuschauer irritiert: »Ich vergebe den Nazis!«, sagte Eva Mozes Kor in der Talkrunde von Günter Jauch am 26. April. Vergangene Woche reichte die 81-Jährige dem frühen SS-Mann Oskar Gröning, der als »Buchhalter von Auschwitz« in Lüneburg vor Gericht steht, die Hand. Und viele fragen sich: Wer ist diese Frau, die den Tätern so bereitwillig vergibt? Gerade 1,50 Meter groß ist die aus Rumänien stammende Jüdin. Doch wenn es um das Thema Vergebung geht, wächst Mozes Kor zu kaum nachvollziehender Größe. »Ich bin eine Überlebende. Ich will nie wieder Opfer sein!« So begründet sie ihr ungewöhnliches Vorgehen, das vor 20 Jahren begann. Damals erreichte sie,

dass ein KZ-Arzt, der in Auschwitz zum Team von Joseph Mengele gehörte, die Existenz der Gaskammern schriftlich bestätigte. Im Gegenzug übergab sie Hans Münch einen Brief, in dem sie ihm vergab. »Nur indem ich vergebe, kann ich mich von der Last des Erlebten lösen«, erzählte sie vor kurzem beim Gedenken zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Vergeben heißt für die heute in Terre Haute (USA Bundesstaat Indiana) lebende Zeitzeugin aber keineswegs vergessen. Wie könnte sie auch den Verlust von Vater, Mutter und zwei Schwestern je vergessen, wo ihre Lager-Nummer A-7063 sie täglich erinnert? Im Mai 1944 wurde Eva Mozes mit ihrer Zwillingsschwester Miriam vom Tod im Gas verschont, »weil Mengele uns als seine Meerschweinchen missbraucht hat.« Unzähligen Schülern und Studenten hat sie vom unbeschreiblichen Grauen des Holocaust erzählt. Jedes Jahr führt sie Besuchergruppen nach Auschwitz. Die kleine alte Dame stellt sich jeder Diskussion. Wird ihr die Stimmung in diesen Foren zu trist, legt sie sekundenschnell den Schalter um, besticht durch ihren herrlichen Mutterwitz, ihre Fröhlichkeit und führt noch jede Gruppe aus der tiefen Betroffenheit heraus. Nach der Befreiung im Januar 1945 kehrte sie zunächst in das nunmehr kommunistische Rumänien zurück. Später emigrierte Eva Mozes nach Israel, wo sie im Rang eines Stabs-Obergefreiten als technische Zeichnerin in der Armee diente. Als sie ihren Mann Michael Kor, einen Buchenwald-Überlebenden, kennenlernte, zog sie zu ihm nach Indiana. Als Nebenklägerin gegen Oskar Gröning sitzt sie nun im vielleicht letzten Auschwitz-Prozess und irritiert zahlreiche andere Kläger mit ihrem Wunsch, Gröning möge nicht ins Gefängnis kommen - trotz des ungeheuerlichen Vorwurfs zur Beihilfe am Mord an

300.000 Menschen. »Ich möchte, dass Gröning vor Gericht Stellung bezieht«, sagt Mozes Kor. »Ich möchte, dass er gerade jungen Neo-Nazis erklärt, dass Auschwitz existiert hat und was dort geschehen ist. Er soll sagen, dass das faschistische Regime nur Verlierer produziert hat. Ich möchte dass er sagt: 'Hört den Alt-Nazi an. Ich weiß, dass alles so passiert ist und wahr ist. Und dass das Nazi-Regime verantwortlich ist für unzählige Tragödien.'« Für ihren Ansatz des Vergebens wird Eva Mozes Kor von anderen Überlebenden immer wieder angefeindet, auch jetzt wieder, nachdem sie Gröning zum Auftakt des Lüneburger Prozesses die Hand gereicht hat. Es stimmt, nicht für jeden Überlebenden mag das die richtige Strategie der Bewältigung darstellen. Aber Mozes Kor hat sich dafür entschieden und es scheint so, als sei sie mit sich im Reinen. Nur eine Frage quält sie, seit sie 1945 das KZ Auschwitz verlassen durfte. »Was haben Mengele und seine Ärzte mir und Miriam injiziert? Gibt es noch irgendwo Dokumente zu den Versuchen, die man in Birkenau mit uns Zwillingen angestellt hat?« Eva Mozes Kor, so viel dürfte allen klar sein, die sie jemals persönlich getroffen haben, wird nicht aufhören, nach den Antworten zu suchen. So lange sie lebt. *Von Sascha Langenbach (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE

WEST Nr. 19_2015 Seite _19

Lernort für die Zukunft

Zur Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums in München

München (epd). Wenn im Frühling auf der Auer Dult bunte Seifenkisten den Hang hinuntersausen, ist das für die Besucher des Münchner Volksfestes eine richtige Gaudi. Doch wer weiß schon, dass das Seifenkistenrennen von der US-Militärregierung ins Leben gerufen wurde? Ein Foto aus dem Jahr 1948 erinnert an das Ereignis. Es hängt im NS-Dokumentationszentrum München, das am 1. Mai für das Publikum geöffnet wurde. Die von dem Münchner Gründungsdirektor Winfried Nerdinger konzipierte Ausstellung will Antwort auf die Frage geben, was Geschichte mit uns zu tun hat und uns heute angeht. Das Seifenkistenrennen ist ein kleines Beispiel dafür, wie so etwas funktionieren kann: Das Foto verbindet ein aktuelles Ereignis mit dem Blick auf die Vergangenheit - die Nachkriegszeit mit Entnazifizierung und »Reeducation«, Aufarbeitung, Kontinuität und Verdrängung. Um es vorweg zu nehmen: Besonders innovativ ist das Ausstellungskonzept nicht. 33 Themenstationen mit LED-Beleuchtung bilden das bauliche Gerüst für die Schau. Großformatige, aussagekräftige Bilder stehen am Beginn jeder Themenstation. Sie werden durch komprimierte Texte, Kurzbiografien und Dokumente ergänzt. Neu und wirklich beeindruckend ist jedoch die Konsequenz, mit der Nerdinger und sein Team sich um möglichst konkrete Verknüpfungen mit der Gegenwart bemüht haben, mit der sie Verbindungen aufzeigen und Parallelen schaffen zur heutigen Welt. Ausgangspunkt für den Rundgang bildet das vierte Obergeschoss. Hier geht es um den Ursprung und Aufstieg der NS-Bewegung in München. Keine deutsche Stadt ist so eng mit der NS-Geschichte verbunden. Hier gelang der NSDAP der Durchbruch zur Massenpartei, hier entstand Adolf Hitlers »Hauptstadt der Bewegung«. Eine breite Treppe führt hinunter - tief hinein in den »braunen Sumpf«. Im dritten Stock richtet sich der Blick auf die Ausprägungen und Folgen der Diktatur. Zu sehen ist, wie der Rechtsstaat ausgehöhlt, Minderheiten ausgegrenzt und verfolgt, das

Konzentrationslager Dachau errichtet wurden. Die Schau dokumentiert, wie die Münchner wegschauten, zusahen oder mitmachten, wenn Wohnungen enteignet und Juden verschleppt wurden, wenn Unrecht geschah. Dem Kriegsbeginn 1939 und seine Folgen bis zum Einmarsch der US-Armee im April 1945 widmet sich der zweite Stock. Landkarten illustrieren anschaulich, wie viele Münchner Betriebe Zwangsarbeiter beschäftigten. Die Gräueltaten sind vielfältig und reichen von Massenerschießungen bis zu Krankenmorden. Natürlich widmet sich die Schau auch den verschiedenen Formen des Widerstands. Die Einzelschicksale präsentieren viele Frauen, die so noch nicht in der Öffentlichkeit gezeigt wurden. Viel Raum widmet die Schau den Nachwirkungen des Regimes. Es dauerte erschütternd lange, bis sich die Gesellschaft ihrer Geschichte stellte. Dokumente belegen, wie ehemalige Zwangsarbeiter kleinlich und schikanös behandelt wurden, wie Unternehmen versuchten, sich aus der Verantwortung zu stehlen und Täter bis zu ihrem Lebensende nicht belangt wurden. Der letzte Abschnitt der Ausstellung im ersten Stock widmet sich dem Wiederhall und traurigen Erbe des Nationalsozialismus in jüngster Zeit. »Eine kritische Reflexion der Geschichte kann nur auf Basis von Wissen in Gang gesetzt werden«, ist Nerdinger überzeugt. Berichte und Dokumente über Neonazis, Pegida, die Morde der rechtsextremen Terrorgruppe NSU, aber auch Aktionen für Frieden und Toleranz sollen eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte fördern und daran erinnern, wie wichtig es ist, für Demokratie einzustehen und sie zu verteidigen. Die Schau in dem weißen Kubus des Architektenbüros Georg, Scheel und Wetzl ist durchgehend zweisprachig angelegt und zielt auf ein internationales Publikum. Für manche Besucher mag die Menge der Themenstationen und die kleine Schrift ermüdend wirken. Doch werden sie entschädigt durch Filme, Medientische mit interaktiven Elementen und hohe Fenster, die einen Blick auf bauliche Relikte der NS-Zeit ermöglichen. Auf Originale wurde in der Ausstellung verzichtet - mit einer Ausnahme: In einer Vitrine der Bibliothek liegen die A4-Papiere der »Moabiter Sonette«. Die Gedichte verfasste der Münchner Widerstandskämpfer Albrecht Haushofer (1903-1945) während seiner Haft im Berliner Gefängnis. Haushofer wurde in den letzten Kriegstagen von einem SS-Kommando ermordet. *Von Rieke C. Harmsen (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 19_2015

Seite _22

Gedenken an Kriegsende

Kundgebungen gegen Rechts in Duisburg und Bochum am 8. Mai

Duisburg/Bochum (epd). Am 8. Mai, dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren, rufen der Duisburger Flüchtlingsrat und das Bochumer Bündnis gegen rechts zu Kundgebungen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf. Der Duisburger Flüchtlingsrat will mit einer Kundgebung um 17 Uhr am Hohenzollernplatz im Duisburger Stadtteil Neumühl gegen die rechtsextreme Splitterpartei »Pro NRW« demonstrieren, wie die Veranstalter am Sonntag mitteilten. Menschen seien aufgerufen, sich den Rechten entgegenzustellen, denn »Pro NRW wolle an dem Tag in Neumühl seine »Frühlingsoffensive gegen Asylmissbrauch« beenden und gegen Flüchtlinge und Asylsuchende hetzen. Das Bochumer Bündnis gegen rechts lädt zu einem Rundgang um 16 Uhr auf dem Bochumer Zentralfriedhof Freigrafendamm ein, um der Opfer des Faschismus zu gedenken und an die zu erinnern, die aktiven Widerstand gegen die faschistische Diktatur leisteten, wie das Bündnis am Sonntag

ankündigte. An mehreren Stationen erinnern Vertreter von pax christi, der jüdischen Gemeinde, der DGB-Jugend und des VVN-BdA, dem Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpfern und Antifaschisten, unter anderem an Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Es bleibe auch heute eine aktuelle Aufgabe, gegen Neonazis, rechte Parteien, »Freie Kameradschaften« und Pegida einzutreten, erklärte das Bündnis. Der Duisburger Flüchtlingsrat mahnte, dass Rechtsextreme gerade im Duisburger Norden Zustimmung aus der Bevölkerung erhielten. Mit seinen Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge und Zuwanderer stehe »Pro NRW« nicht alleine da. Auch Politiker bedienten sich trotz interkultureller Gespräche und Resolutionen gegen Pegida gerne des Bildes vom »Flüchtlingsstrom« und spielten damit Zuwanderer und Geflüchtete gegeneinander aus und »Pro NRW« in die Karten, kritisierte Flüchtlingsrat-Sprecher Frank Noroschat. Bei der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge in Duisburg seien organisierte Rechtsextreme eher Trittbrettfahrer. »Für die grässlichen Ausbrüche sorgen die Anwohner oft selber.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 19_2015 Seite _23

Keine Entschädigung für Opfer des Luftangriffs bei Kundus Gericht weist Klage von Afghanen ab

Köln (epd). Die Hinterbliebenen von Opfern des Nato- Luftangriffs auf zwei Tanklaster beim afghanischen Kundus im Jahr 2009 erhalten auch weiterhin keine Entschädigung. Das Oberlandesgericht Köln wies am Donnerstag die Klage zweier Afghanen gegen die Bundesrepublik Deutschland ab (AZ: 7 U 4/14). Die Kölner Richter bestätigten das vorinstanzliche Urteil des Bonner Landgerichts vom Dezember 2013 (AZ: 1 O 460/11). Der 7. Zivilsenat des Oberlandesgerichts ließ jedoch eine Revision zu. Bei der Bombardierung waren im September 2009 nach Erkenntnissen der Bundeswehr 91 Menschen getötet worden. Den Angriff hatte der deutsche Oberst Georg Klein angeordnet, weil er fürchtete, dass Taliban-Kämpfer die entführten Tanklaster als rollende Bomben einsetzen könnten. Tatsächlich befanden sich bei den Fahrzeugen vor allem Dorfbewohner, die offenbar Treibstoff abzapfen wollten. Die Vorsitzende Richterin Uta Statthalter erklärte, dass eine Schuldhaftigkeit von Oberst Klein nicht zu belegen sei. Eine Gerichtssprecherin ergänzte, dass das Oberlandesgericht weder die Erhebung noch die Würdigung der Beweise durch das Bonner Landgericht beanstandet habe. Das Landgericht hatte unter anderem den protokollierten Funkverkehr mit den beiden US-Kampffjets ausgewertet, die die beiden Tankfahrzeuge vor dem Angriff überflogen hatten. Außerdem waren die Infrarot-Aufnahmen der Flugzeuge, die Menschen zeigten, hinzugezogen worden. Ein Informant vor Ort hatte darüber hinaus auf Nachfrage versichert, dass diese Personen Aufständische und keine Zivilisten gewesen seien. Der Offizier habe nicht schuldhaft gegen das Völkerrecht verstoßen, sondern die beiden Fahrzeuge zu Recht als militärische Objekte identifiziert, hatten die Bonner Richter am Landgericht erklärt. Er habe »keine positive Kenntnis davon gehabt, dass sich Zivilpersonen an der Bombenabwurfstelle befanden«. Gegen die Bundesrepublik geklagt hatten ein Vater, dessen zwei Kindern nach dessen Angaben bei dem Angriff getötet wurden, sowie eine Witwe. Sie hatten Schadenersatz in Höhe von 40.000 beziehungsweise 50.000 Euro verlangt. Die Bundesrepublik hatte nach dem Angriff eine Zahlung von jeweils 5.000 US-Dollar (damals knapp 4.000 Euro) an die Angehörigen ausgehandelt, dies aber nicht als Entschädigung bezeichnet.

Ökumene Essener Kirchen erinnern an Kriegsende vor 70 Jahren

Essen (epd). Die evangelische und katholische Kirche in Essen erinnern mit Gebeten und Aktionen an das Kriegsende vor 70 Jahren und rufen zu Engagement für Frieden und Wahrung der Menschenrechte auf. Am 8. Mai um 19 Uhr werden alle Glocken als gemeinsames, hörbares Zeichen für den Frieden und im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges erklingen, wie Superintendentin Marion Greve und Stadtdechant Jürgen Cleve ankündigten. Viele Gemeinden versammeln sich in ihren Kirchen und beten für Frieden und Versöhnung. Unter der Überschrift »Frieden zählt!« lädt die Superintendentin des evangelischen Kirchenkreises Essen mit weiteren Kooperationspartnern zur Ausstellung »Peace counts« in der Marktkirche sowie zu Vorträgen, Konzerten und Gesprächen und zu einer Nachtlesung mit Friedenstexten im Grillo-Theater ein. Am 10. Mai findet ein Friedens- und Gedenkgottesdienst in der Kreuzeskirche statt; am 16. Mai wird in der Marktkirche der Gandhi-Preis für zivilcouragiertes Handeln vergeben. Oberbürgermeister Reinhard Pass (SPD) ist Schirmherr. Die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor siebzig Jahren sei nur vollständig, wenn zugleich an die Ursachen erinnert werde, betonten Greve und Cleve. Unterdrückung und Vernichtung von Menschen seien ausdrücklich in der Ideologie des Nationalsozialismus des Dritten Reiches verankert gewesen. Sie seien nicht einfach so passiert. Das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Stadt heute sei ein hohes Gut. Freiheit, Toleranz und Gastfreundschaft müssten immer wieder neu eingeübt werden. Vor dem Hintergrund der für den 1. Mai in Kray geplanten Demonstration »Die Rechte« müsse Bürgerengagement für den Frieden und die Wahrung der Menschenrechte wertgeschätzt und unterstützt werden. Internet: www.frieden-zaehlt.de, www.kirchen-essen.de epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015 Seite _5

Kirchliche Friedensarbeit: Chemiewaffen gehören geächtet

Bonn (epd). Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) warnt vor den Gefahren chemischer Waffen. »Trotz internationaler Abkommen spielen in aktuellen Konflikten wie in Syrien oder dem Herrschaftsgebiet der Terrororganisation IS chemische Waffen immer noch eine unheilvolle Rolle«, sagte der EAK-Bundesvorsitzende Christoph Münchow an diesem Montag, 27. April, zum Tag der Erinnerung an die Opfer chemischer Waffen, der am Mittwoch begangen wird. »Chemiewaffen gehören geächtet und alle Chemiewaffenbestände, die es heute leider immer noch gibt, müssen schnellstmöglich vernichtet werden.« Offenbar seien die Gefahren von Chemiewaffen vielen Menschen in der Gesellschaft nicht bewusst, ergänzte EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf. Deshalb sei es wichtig, dass man sich immer wieder vergegenwärtige, welche Auswirkungen chemische Waffen mit sich bringen. Noch heute seien beispielsweise weite Landstriche in Vietnam kontaminiert und die Menschen würden noch 40 Jahre nach dem Einsatz chemischer Waffen unter Missbildungen, Krebs oder Herz- und Gefäßerkrankungen leiden. Gerade Deutschland habe eine besondere Verantwortung, auf die Gefahren von chemischen

Waffen hinzuweisen, sagte Münchow. »Vor genau 100 Jahren, im April 1915, war es Deutschland, das im Ersten Weltkrieg bei Ypern als erster Staat Giftgas in einem Krieg eingesetzt hat und damit den Tod von Tausenden von Soldaten verursachte«, erklärte der EAK-Bundesvorsitzende. Schon damals sei dieser Giftgaseinsatz ein Kriegsverbrechen gewesen. Die EAK mit Sitz in Bonn ist in der »Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)« der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind.

Reimers neuer Vorsitzender von Aktion Sühnezeichen

Berlin (epd). Der evangelische Theologe Stephan Reimers (71) ist neuer Vorstandsvorsitzender der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Der frühere Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union wurde bei der Mitgliederversammlung am 26. April zum Nachfolger von Elisabeth Raiser gewählt. Die Historikerin, die Präsidentin des ersten Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin war, gibt das Amt nach fünf Jahren ab. Reimers war nach Studium und Vikariat Direktor der Evangelischen Akademie Nordelbien. Als Leiter des Diakonischen Werkes Hamburg startete er mehrere Projekte gegen Armut und Obdachlosigkeit, die bundesweit Beachtung fanden. Der promovierte Theologe rief etwa 1993 die Obdachlosenzeitung »Hintz & Kunzt« ins Leben. Bekannt wurden auch das von ihm initiierte Spendenparlament, bei dem die Spender über den Einsatz des Geldes mitbestimmen können, und der Mitternachtsbus, der bedürftige Menschen nachts mit Decken und warmen Getränken versorgt. Reimers war bis in die 80er Jahre in der Hamburger CDU aktiv, unter anderem als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Von 1976 bis 1980 war er CDUBundestagsabgeordneter. Von 1999 bis zu seinem Ruhestand 2009 war er als EKD-Bevollmächtigter für Bundesregierung und Parlament ein wichtiger Ansprechpartner. Seit 2008 ist der Theologe Verwaltungsratsvorsitzender der Hamburger Stadtmission. Reimers ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die 1958 gegründete Aktion Sühnezeichen setzt sich für die Wiedergutmachung der NS-Verbrechen ein und entsendet jährlich mehrere Hundert Freiwillige zu mehrmonatigen Friedensdiensten ins Ausland. Die jungen Männer und Frauen unterstützen in derzeit 13 Ländern Überlebende des Holocaust, arbeiten in Gedenkstätten mit oder betreuen Kinder sowie behinderte oder sozial benachteiligte Menschen.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015

Seite 5 www.theolupdates.uni-bonn.de

Aktionstag »Run4Unity« Kirchen-Lauf für Frieden und Toleranz in Hamm

Hamm (epd). Die evangelische Jugendkirche in Hamm ruft für den 3. Mai zu einem Lauf für Frieden und Toleranz auf. Unter dem Motto »Läuft bei dir! Ein Wochenende für den Frieden« werden sich dort vom 1. bis 3. Mai über 50 Jugendliche aus NRW, Niedersachsen, Bremen und Hamburg mit Workshops und einer interreligiösen Rallye auf den weltweiten Aktionstag vorbereiten, wie der Kirchenkreis Hamm am Freitag mitteilte. Der Staffellauf »Run4Unity« startet am 3. Mai um 10.30 Uhr in Hamm. Mitmachen könnten Interessierte aus allen Altersgruppen und Religionen,

hieß es. Die Schirmherrschaft hat Hamms Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) bernommen. Der Run4Unity wird einmal jährlich von der kumenischen Fokolar-Bewegung veranstaltet. An dem Aktionstag sollen Kinder und Jugendliche weltweit ein Zeichen für Frieden und Gerechtigkeit setzen. Der Staffellauf findet in vielen Ländern, zum Teil auch grenzübergreifend statt. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015 Seite _14

Hintergrund: Flucht vor Not und Terror - Woher die Mittelmeerflchtlinge kommen

Berlin (epd). Die Flüchtlinge, die die lebensgefährliche Überfahrt nach Europa wagen, kommen aus unterschiedlichen Ländern. 2014 kamen nach Angaben des UNFlchtlingshilfswerks etwa 220.000 Menschen über das Mittelmeer, davon 170.000 nach Italien. Andere Routen führen nach Spanien, Malta und Griechenland. In diesem Jahr kamen bis Mitte April bereits 36.400 Bootsflchtlinge in Europa an. Die wichtigsten Herkunftsländer sind Syrien, Eritrea, Somalia, Afghanistan und Nigeria.

Syrien Der seit vier Jahren währende Bürgerkrieg hat fast vier Millionen Syrer in die Flucht getrieben. Die meisten harren in Lagern in Nachbarländern aus. Die Syrer stellen jedoch auch bei den Flüchtlingen, die nach Europa kommen, die größte Gruppe. Etwa jeder fünfte Asylsuchende stammte im vergangenen Jahr aus Syrien. Fast 150.000 Asylanträge von Syrern registrierten die Vereinten Nationen 2014 in den Industriestaaten, mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die meisten kamen nach Deutschland und Schweden. Deutschland hat ein Sonderkontingent von 20.000 syrischen Flüchtlingen aufgenommen. Zudem stellten im vergangenen Jahr fast 40.000 Syrer Asylanträge in der Bundesrepublik. Insgesamt wurden seit Beginn des Bürgerkriegs im März 2011 rund 70.000 Anträge von Syrern erfasst. Ihren Weg nach Europa finden die Flüchtenden sowohl über das Mittelmeer als auch über den Balkan. In ihrer Heimat ist unterdessen kein Ende der Gewalt in Sicht. Laut UN wurden bei den Kämpfen zwischen der syrischen Regierung, Rebellen und Terrororganisationen bislang weit mehr als 220.000 Menschen getötet.

Eritrea Die Regierung des ostafrikanischen Eritrea am Roten Meer gilt als schlimmste Diktatur Afrikas. Die Vereinten Nationen schtzen, dass jeden Monat 2.000 bis 3.000 Menschen fliehen, zumeist auf dem Landweg in den Sudan und weiter nach Libyen. Manche versuchen es auch per Boot. In Eritrea ist nur eine Partei zugelassen, jegliche Kritik wird im Keim erstickt. Präsident Isayas Afewerki ist seit der Unabhängigkeit des sechs Millionen Einwohner zählenden Landes im Jahr 1993 an der Macht. Nach Informationen von Amnesty International sind etwa 10.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Folter und Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Erlaubt sind nur fünf Religionsgemeinschaften. Angehörige anderer Glaubensrichtungen, etwa Zeugen Jehovas, werden verfolgt. Besonders gefürchtet ist der Militärdienst, der oft auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Wehrpflichtige werden zu Zwangsarbeit eingesetzt, etwa in Minen. ber die humanitäre Situation gibt es wenig Informationen, da die Regierung das Land abschottet. Es werden aber immer wieder Hungersnöte vermutet. Das Regime wird von den UN beschuldigt,

Terrororganisationen in Nachbarländern zu unterstützen. Auch am Menschenhandel über den Sinai und den Sudan sollen eritreische Beamte beteiligt sein.

Somalia Das Land am Horn von Afrika mit etwa zehn Millionen Einwohnern ist nach drei Jahrzehnten Chaos, Anarchie und Bürgerkrieg weiter verarmt. Erst langsam kommt der Wiederaufbau voran. Zwar hat Somalia mit Präsident Hassan Sheikh Mohamud seit September 2012 wieder eine legitime Regierung, aber die Kämpfe mit Islamisten halten in etlichen Landesteilen an, trotz einer afrikanischen Eingreiftruppe. Auch Zivilisten werden gezielt oder willkürlich angegriffen, getötet oder gefoltert. Mehr als eine Million Menschen sind Flüchtlinge im eigenen Land. In der Hauptstadt Mogadischu hat sich die Lage etwas stabilisiert, Gewalt ist dennoch allgegenwärtig. Mitte April verübte die Terrormiliz Al-Shabaab einen blutigen Anschlag auf das Bildungsministerium. Aus Angst vor solchen Angriffen hausen Zehntausende Familien in Zelten aus Stoffresten, Säcken und Planen. Gegen Kriminelle, Warlords und Vergewaltiger haben sie keinerlei Schutz. Hilfswerke haben oft keinen Zugang zu Bedürftigen. Menschenrechtsorganisationen beklagen, dass bewaffnete Gruppen Männer und Kinder zwangsrekrutierten. Auch Journalisten und UN-Mitarbeiter werden immer das Opfer von Anschlägen. Die Gewalt verschlimmerte die schwere Hungersnot 2011. Weil kaum öffentliche Strukturen existieren, wird Somalia zu den zerfallenden Staaten gezählt. Zudem haben sich mehrere Landesteile für unabhängig erklärt, darunter Somaliland 1991 und Puntland 1998.

Afghanistan Aus Afghanistan kommt seit drei Jahrzehnten eine große Zahl von Flüchtlingen. Rund 2,6 Millionen Menschen sind bei den Vereinten Nationen registriert. Der allergrößte Teil lebt in Pakistan und im Iran, in ständiger Angst, abgeschoben zu werden. Die wirkliche Zahl dürfte höher liegen. Wenn sich Afghanen von der Türkei aus per Boot über das Mittelmeer auf den Weg nach Griechenland machen, haben sie meist eine monatelange Odyssee hinter sich. Der Exodus aus Afghanistan begann mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979. Doch die Fluchtwelle ging nach Ende der sowjetischen Besatzung weiter, als ein Bürgerkrieg tobte. Auch das radikal-islamische Taliban-Regime in den 90er Jahren zwang Tausende Menschen, ihre Heimat zu verlassen. In Afghanistan mit seinen 30 Millionen Einwohnern herrschen weiter politisches Chaos und wirtschaftliche Unsicherheit. Nach der chaotischen Präsidentenwahl im vergangenen Jahr war die Bildung einer Koalition zäh, erst jetzt wurde das Kabinett von Präsident Aschraf Ghani vereidigt. Die aufständischen Taliban kontrollieren wieder große Teile des Landes. Nachdem die Nato Ende 2014 ihren Kampfeinsatz am Hindukusch beendet hat, verschlechtert sich die Sicherheitslage. Aus Angst vor der Rache der Taliban zogen Tausende Afghanen in die Hauptstadt Kabul, wo sie in Camps hausen. Nach offiziellen Angaben sind fast 700.000 Afghanen Flüchtlinge im eigenen Land. Doch die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Nigeria Das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit 170 Millionen Einwohnern kämpft mit der Gewalt der islamistischen Boko-Haram-Miliz, mit Lebensmittelknappheit und weitverbreiteter Armut. Boko Haram kämpft im Norden Nigerias für einen islamistischen Gottesstaat, überfällt Dörfer, entführt und versklavt Schülerinnen, ermordet ganze Familien. Seit 2009 wurden nach UN-Schätzungen rund 13.000 Menschen getötet. Die Zahl der Anschläge und Toten nahm im vergangenen Jahr stark zu. Hunderttausende Menschen flüchteten in andere Landesteile oder über die Grenze, etwa nach Kamerun. Auch Nigerias Sicherheitskräften begehen im Kampf gegen die Aufständischen schwere Menschenrechtsverletzungen. Amnesty

International wirft Militär und Polizei die rechtswidrige Tötung von vermeintlichen Verdächtigen vor. Die mehrfach verschobene Präsidentenwahl im März sorgte für weitere Instabilität. Allerdings zeichnet sich nun ein friedlicher Machtwechsel ab, wenn Muhammadu Buhari Ende Mai sein Amt antreten wird. Trotz reicher Ölund anderer Rohstoffvorkommen lebt fast jeder zweite Nigerianer in Armut. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015 Seite _18f

EKD-Friedensbeauftragter: Völkermord an Armeniern ist eine Mahnung

Bremen/Bonn (epd). Der Völkermord an den Armeniern ist nach Auffassung des kirchlichen Friedensbeauftragten Renke Brahms eine Mahnung, die auch an die heutigen Opfer von Verfolgung, Vertreibung, Flucht und Ermordung erinnert. »Wieder werden Christen in der Region verfolgt, im Irak und in Syrien, aber auch Jesiden und andere Minderheiten«, sagte der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Freitag bei einer Gedenkstunde an einem Mahnmal in der Bremer Innenstadt. Dort erinnert seit 2005 ein Stein an den armenischen Genozid. Er war das erste deutsche Mahnmal dieser Art. Die Vertreibung und Vernichtung von Armeniern, Aramäern, Assyrern und Pontos-Griechen durch Truppen des Osmanischen Reiches begann am 24. April 1915. Den Massakern und Deportationen fielen bis zu 1,5 Millionen Menschen zum Opfer. Das könne »nicht anders als Völkermord« genannt werden, sagte Brahms. Deutschland sei in diesen Genozid verstrickt. »Aus kriegspolitischen Gründen und Rücksichten auf den Verbündeten wurde geschwiegen und nicht gehandelt«, kritisierte der EKD-Friedensbeauftragte. Beschämend sei es auch, dass diese Verstrickung noch immer nicht aufgearbeitet sei. Zum Gedenken gehöre überdies eine klare Absage und ein engagiertes Handeln gegen jeden Rassismus, forderte Brahms, der auch leitender Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Das Mahnmal in Bremen besteht aus einem sogenannten »Khatchkar«, einem armenischen Kreuzstein. Er wurde von einem Künstler in Armenien angefertigt und vor zehn Jahren zum 90. Jahrestag des Völkermordes aufgestellt. Das Mahnmal wurde vom Bundesvorstand der Armenier in Deutschland gestiftet. Seine Aufstellung ging auf eine Initiative des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Henning Scherf (SPD) zurück.

epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015 Seite _23

Theater in NRW erinnern an Ende des Zweiten Weltkriegs Aufführungen in Essen und Bonn

Essen/Bonn (epd). Theater in Nordrhein-Westfalen erinnern mit Inszenierungen und Lesungen an das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai vor 70 Jahren. An diesem Tag im Jahr 1945 trat die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs in Kraft, die Generaloberst Alfred Jodl einen Tag zuvor im amerikanischen Hauptquartier in Reims unterzeichnet hatte. Unter dem Titel »Denn jetzt ist alles Zukunft« veranstaltet das Grillo-Theater in Essen am Jahrestag des Kriegsendes einen zwölfstündigen nächtlichen Lese-Marathon. Mitglieder des Ensembles tragen

gemeinsam mit Vertretern aus Kirche, Politik und Kultur von 22 Uhr abends bis 10 Uhr morgens am nächsten Tag Texte über Krieg und Frieden, Angst und Hoffnung, Verzweiflung und Neubeginn vor. Mit der historischen »Stunde null« verbinde sich in Deutschland sowohl die Hoffnung auf einen Neuanfang als auch der Beginn der schmerzhaften Aufarbeitung der deutschen Verbrechen, erklärte ein Sprecher des Essener Theaters. In einer Zeit, in der die Parole »Nie wieder Krieg« längst den Forderungen nach »humanitären Interventionen« gewichen sei, sei es notwendig, an das Ende der Hitler-Diktatur und die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu erinnern. Der Eintritt zur Nachtlesung ist frei und jederzeit möglich. Unter den Vorlesern sind Essens Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD), die Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Essen, Marion Greve, der katholische Stadtdechant Jürgen Cleve, Uri Kaufmann von der Alten Synagoge Essen und Hauptmann Uwe HenryWelther vom Zentrum Innere Führung der Bundeswehr. In einer Zeit religiöser Konflikte und fremdenfeindlicher Tendenzen wolle das Schauspiel Essen über Nationalitäten- und Religionsgrenzen hinweg an das Kriegsende vor 70 Jahren erinnern, sagte Intendant Christan Tombeil. Zugleich solle ein Zeichen für die gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Zukunft gesetzt werden. Auch das Theater Bonn widmet sich dem 8. Mai 1945. Gleich zweimal steht am 70. Jahrestag des Kriegsendes das Stück »Hiob« nach dem Roman von Joseph Roth auf dem Spielplan in den Kammerspielen. In dem Stück geht es um den Torahlehrer Mendel Singer und seine Familie, die in ärmlichen Verhältnissen in Russland lebt. Ihr viertes Kind, Menuchim, wird geboren und scheint geistig stark behindert. Menuchim spricht kaum, ist vollkommen passiv und wird bald von seinen Geschwistern gemieden und gequält. Als Mendels Frau Deborah Rat bei einem Wunderrabbi sucht, sagt dieser Menuchim eine große Zukunft voraus. Die Eltern dürften ihn auf keinen Fall aufgeben. Plötzlich bietet sich der Familie die Möglichkeit, nach Amerika auszuwandern, ein besseres Leben ist endlich in Sicht. Aber Mendel und Deborah dürfen nur fahren, wenn sie sich entschließen, Menuchim in Russland zurückzulassen. Regisseurin Sandra Strunz inszenierte Roths ebenso berührende wie verstörende Geschichte über Leiden, Freiheit, Krieg, Glauben und das Streben nach Glück. Der seit seinem Unfall bei einem »Wetten, dass...«-Auftritt querschnittsgelähmte Schauspieler Samuel Koch spielt die Rolle des Menuchim. Vor zehn Jahren, zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, hatten sich noch deutlich mehr Theater in Nordrhein- Westfalen des Themas angenommen. Zahlreiche Aufführungen und Lesungen gab es damals unter anderem im Schauspiel Köln, an den gemeinsamen Bühnen Krefeld/ Mönchengladbach und in Neuss. *Andreas Rehnolt (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 18_2015 Seite _47

Aus dem Newsletter bpb (Bundeszentrale für politische Bildung)

Mediathek

Netwars - Krieg im Netz

Ein Dokumentarfilm über Cyberkrieg. Es geht um Hintergründe, Ursachen und mögliche Folgen von virtuellen Angriffen im lokalen wie internationalen Kontext. Im Film decken Hacker die Verwundbarkeit eines regionalen Energieversorgers auf.

<http://www.bpb.de/198229>

Kinofenster.de

Der Erste Weltkrieg im Film: Die Inszenierung des Krieges zwischen Dokumentarbild und Fiktion

Der Erste Weltkrieg gilt als das erste massenmediale Ereignis der Moderne. Das Kino spielte eine wichtige Rolle in der Bildproduktion des Krieges und in der Erinnerung an die Schlachtfelder.

<http://www.kinofenster.de/themen-dossiers/aktuelles-dossier> Wege ohne Heimkehr

Im Ersten Weltkrieg wurden mehr als die Hälfte der im Osmanischen Reich lebenden Armenier Opfer von Massakern bzw. starben bei Deportationen und in Lagern. Diese Anthologie wendet sich in zeitgenössischen und modernen literarischen Zeugnissen ihrem Schicksal zu.

<http://www.bpb.de/203561>

Eurotopics: Debatten verfolgen: Streit über Massaker an Armeniern

Das EU-Parlament fordert Ankara und die EU-Mitglieder auf, das Massaker an den Armeniern von 1915 als Genozid anzuerkennen. Auch der Papst hat es als Völkermord gebrandmarkt. Welcher Umgang mit historischen Verbrechen trägt zur Aussöhnung bei?

<http://www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-201504-armenier>

----- Medienprojekt

Vorurteile? Kenn ich nich!

Auftaktveranstaltung am 12./13. September in Berlin

Wir starten ein Medienprojekt zu Vorurteilen. Dazu suchen wir: eine Idee, wie man Jugendliche an die "Nürnberger Rassengesetze" erinnert, die die Nationalsozialisten vor 80 Jahren einführten. Du willst dabei sein? Dann bewirb Dich jetzt!

<http://www.bpb.de/projekt-vorurteile>